

MOZ

25.9.'15

# Nicht alle Fragen offen

Wissenschaftler diskutieren an der Viadrina den Stand der Aufarbeitung des SED-Regimes

Seit 13 Jahren existiert die Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ an der Viadrina in Frankfurt an der Oder. Als im Jahr 2003 deutlich wurde, dass Täter des SED-Staates sich zu Opfern machten, begann die juristische und wissenschaftliche Arbeit. Im 25. Jahr der deutschen Einheit gab es nun ein Jubiläums-Symposium.

VON ANDRÉ BOCHOW

**Frankfurt (Oder)** (MOZ) Das Thema ist wichtig: „Stand und Zukunft der Aufarbeitung des SED-Regimes“. Die vielen Möglichkeiten, darüber zu sprechen, sitzen Johannes Weberling offenbar im Nacken. Wahrscheinlich redet der Spiritus Rector des Symposiums deshalb so schnell. Zunächst über die vielen Aktivitäten der Arbeitsgruppe, die er leitet. Dabei bringt er auch noch einen Dank an die Märki-

sche Oderzeitung unter, die die Arbeit der Gruppe seit Jahren unterstützt. Der Jurist erzählt von Symposien, Veröffentlichungen und Doktorarbeiten, die initiiert wurden. Man habe es geschafft, Tätern ein Gesicht zu geben. „Und die Gesetzesnovelle zum Stasiunterlagengesetz ist hier hinten in diesem Raum entstanden.“ Weberling zeigt auf eine Tür, die an den Senatsaal im Viadrina-Hauptgebäude anschließt. Dann, fast ein wenig unvermittelt, wendet er sich an den Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Roland Jahn, und fragt: „Wie ist denn der Stand der Aufarbeitung?“

Jahn fängt sicherheitshalber auf sicherem Terrain an. Seine Behörde verstehe sich als „Dienstleister“, sagt er. „Aufarbeitung ist keine staatliche Aufgabe, sondern eine gesellschaftliche.“ Dann ist er bei einer seiner Lieblingsthemen: Man habe sich „in den vergangenen

25 Jahren zu sehr auf die Stasi konzentriert“. Der Chef von 1500 Akten-Verwaltern ist sich aber sicher, dass nicht zuletzt die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen „ihren Horizont erweitern“ und sich verstärkt mit der Rolle der SED und insgesamt mit den Mechanismen der Diktatur beschäftigen.

Jens Hüttmann von der Stiftung Aufarbeitung ist hauptberuflich vor allem mit der historischen Weiterbildung von Lehrern und Schülern beschäftigt. Er sieht folgendes Dilemma: „In der Wissenschaft ist man sich einig: Die DDR war eine Diktatur.“ Diese Einsicht reiche bis zur Rosa-Luxemburg-Stiftung. In der Gesellschaft sei das ganz anders. Da werde über die Diktatur kaum geredet. Vor allem nicht im privaten Bereich. Ginge es nach Hüttmann, sollte sich die Forschung viel mehr auf den Alltag in der DDR konzentrieren. „Da spielt die Musik.“ Dazu ge-

hören auch die Zwänge, denen DDR-Bürger ausgesetzt waren. Der Hamburger des Jahrgangs 1975, der nie in der DDR war, findet, „die Wessis könnten lernen, mit solchen Zwängen nicht so überheblich umzugehen“.

Als ob davon nicht schon genug angesprochen worden wäre, geht es in der zweiten Symposiumsrunde um die „offenen Fragen der Aufarbeitung“. Zu denen gehört auch die Dopingproblematik in Westdeutschland, über die MOZ-Autor Mathias Hausding und der Würzburger Journalist Achim Muth berichten. Manfred Graf von Schwerin, Chef der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE), prangert den „spektakulären Rechtsbruch“ Bodenreform an und spricht von „mafiosen Strukturen“ auf dem ostdeutschen Land. Und der Historiker Klaus Bästlein hält zwar „die DDR für überforscht“, will aber, dass die Jahn-Behörde offenlegt, wie viele Stasiakten ver-

nichtet wurden. Bästlein meint, dass es „nahezu die Hälfte ist“. Außerdem kritisiert er mit lauter Stimme, die vorhandenen Stasiakten seien keineswegs frei zugänglich. „Wer Akten will, muss einen Antrag stellen und dann nehmen, was ihm vorgelegt wird.“

Das beklemmendste Statement kommt von Theodor Mittrup von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Viele Anträge auf Rehabilitierung würden abgelehnt, sagt er. Bei den Heimkindern sind es 95 Prozent. Das Oberlandesgericht Jena, so Mittrup, „hat entschieden, dass die Einweisung eines Kindes in ein DDR-Kinderheim aufgrund der politischen Verfolgung der Eltern selbst keine politische Verfolgung darstellt“. Im Land Brandenburg vermischen die Opferverbände übrigens seitens der Zuständigen „Empathie, Respekt und Anerkennung des Leides“.

haftliche Aufgabe: Die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen  
Foto: dpa/Jens Wolf

